

Besonders komplex ist die Lage im Fußball. Da rächt sich, dass bei Selbstbedienung bis hin zur Korruption viel zu lange weggeschaut, bagatellisiert und ausgesessen wurde. Diese Sportart bzw. ihre Vertreter fühlten sich ob des globalen kommerziellen und medialen Erfolgs unangreifbar. So muss auch der neugewählte FIFA-Präsident Gianni Infantino gegen Schatten der Vergangenheit kämpfen, die für einen grundlegenden Wandel nötige Ruhe und Zeit hat er kaum zur Verfügung. Dabei stehen gerade im Hinblick auf die nächsten beiden FIFA World Cups 2018 in Russland und 2022 in Katar große moralische Herausforderungen an. Wie zeigt sich politische Haltung im Umgang mit Putin und der politischen Situation in Russland, welchen Einfluss kann und muss ein Sportverband auf Arbeitsbedingungen im Ausrichterland nehmen? Der vom Menschenrechtsexperten John Ruggie auf der Basis der UN Guiding Principles for Business and Human Rights Mitte April 2016 vorgelegte Report zu den Verpflichtungen der FIFA hinsichtlich der Respektierung der Menschenrechte bei ihren Aufgaben ist zwar ein erster Schritt, verlangt aber noch vielfältige Anstrengungen in der Praxis.

Ähnlich sieht es auf nationaler Ebene aus: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wird noch länger mit den Aufräumarbeiten rund um das Sommermärchen 2006 und den daraus zu ziehenden Konsequenzen beschäftigt sein. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat im Herbst 2015 ein Good Governance-Konzept verabschiedet und steckt mitten in den mit dessen konkreter Anwendung einhergehenden Umstellungsproblemen.

Was bleibt am Ende als Fazit? Es ist einiges in Bewegung geraten im Sport. Der Druck von außen wächst, die Reformkräfte im Inneren, die es auch früher schon durchaus gegeben hat, gewinnen an Einfluss. Also besteht Hoffnung, aber das Beharrungsvermögen manch altgedienter Funktionäre ist zäh und sie schützen sich meist gegenseitig. Der Verlust an Glaubwürdigkeit, verstärkt durch die in den letzten Jahren deutlich gewordene extrem große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, lässt sich nicht so leicht zurückdrehen. Und da im Sport sowieso alles immer gleich zur internationalen Schlagzeile taugt, sind die Verbände oftmals mehr mit den Medien beschäftigt, als sich der Sacharbeit – und das heißt den mühevollen Reformschritten – widmen zu können. Bis sich die Führungskultur im Sport geändert hat und dies auch in der Öffentlichkeit angekommen ist, bleibt noch viel zu tun. Wer sich also zu lange zu sicher glaubt, muss dann besonders stark um die eigene Integrität ringen.



Sylvia Schenk

Olympiateilnehmerin 1972 (800m-Lauf), ist Rechtsanwältin in Frankfurt am Main, Sprecherin der Arbeitsgruppe Sport von Transparency International Deutschland und im INTERPOL Standing Committee on Ethical Matters.

sschenk@transparency.de

Johano Strasser

Das Gebot der Nachhaltigkeit

Es kann heute kaum mehr ernsthaft bezweifelt werden, dass wir so, wie wir auf der begrenzten Erde mit ihren begrenzten Ressourcen und ihrem störanfälligen Ökosystem leben und wirtschaften, drauf und dran sind, unsere eigene Lebensbasis zu zerstören. In Europa und in Nordamerika gibt es immer noch Politiker, die den Eindruck erwecken,

dass die Welt ein besserer Ort wäre, wenn alle Menschen so lebten und so wirtschafteten wie sie. Dabei müssen wir heute hoffen, dass es den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika nicht gelingt, zu uns aufzuschließen. »Wünschten wir, dass alle so lebten wie beispielsweise die US-Amerikaner«, so der Journalist und Umweltaktivist Klaus Liedtke, »bräuchten wir die Ressourcen von vier oder gar fünf Planeten«.

Das, was wir Wachstum nennen und von dem wir erwarten, dass es uns immer reicher und womöglich auch glücklicher macht, ist auch für die meisten Menschen bei uns, erst recht für die Mehrheit in Asien, Afrika und Lateinamerika, schon heute ein Zuschussgeschäft. Um kurzfristiger Vorteile willen, nehmen wir immer häufiger Schäden und Beeinträchtigungen unserer Lebensqualität in Kauf, lassen wir uns von unbedarften Ökonomen als Wohlstandssteigerung verkaufen, was, genau besehen, allzu oft nur kläglicher Ersatz für zuvor produzierte Verluste ist. Das kann natürlich nicht lange gutgehen, und es geht, wie wir am sich kontinuierlich verschlechternden Zustand der Umwelt und an der sich weitenden Kluft zwischen Arm und Reich erkennen, schon länger nicht gut. Wir brauchen eine andere, nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise.

Nachhaltiges Wirtschaften ist aber nicht nur ein moralisches Gebot der Rücksichtnahme auf die Interessen der nach uns kommenden Generationen und der Menschen auf anderen Erdteilen, sondern auch eine Frage der Klugheit und des wohlüberlegten Eigeninteresses. So jedenfalls haben es die Benediktinermönche des Klosters Camaldoli schon im Jahre 1350 gesehen, als sie in ihrer Klosterregel die Anweisung festhielten, nur jeweils so viel Holz in den umliegenden Wäldern zu schlagen, wie sicher nachwachsen kann, so dass immer genug davon zur Verfügung steht. 300 Jahre später forderte der Kameralist Veit Ludwig von Seckendorff in seinem Buch *Teutscher Fürstenstaat* mit derselben Begründung eine »immerwährende beständige Holznutzung« und Anfang des 18. Jahrhunderts war es dann der kurfürstlich-sächsische Kammer- und Bergrat Hans Carl von Carlowitz, der in seiner Schrift *Sylvicultura oeconomica, oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht* von 1713 die Prinzipien einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Forsten ausführlich behandelte. Beide hatten als Menetekel die zunehmende Entwaldung und Verkarstung ganzer Landstriche durch den immensen Holzbedarf des Bergbaus vor Augen.

In Deutschland war die dörfliche Allmende und die Bewirtschaftung der mittelalterlichen Gemeinschaftswälder viele Jahrhunderte lang, zuweilen bis in die Moderne hinein, so organisiert, dass rücksichtslose Übernutzung durch kluge Regeln vermieden wurde. Der von dem US-amerikanischen Mikrobiologen und Ökologen Garrett Hardin so genannten »Tragödie der Allmende« ist also um der historischen Gerechtigkeit willen die lange Zeit erfolgreich funktionierende kluge Ökonomie der Allmende entgegenzusetzen. Hardins »Tragödie der Allmende« ist genau besehen die Tragödie der Einhegung, d.h. der erzwungenen Umwandlung von gemeinschaftlich verwaltetem Grund und Boden in kapitalistisch genutzten Privatbesitz. Die Allmende, d.h. der allen Menschen zur Verfügung stehende Reichtum der Natur, kann in der Tat sehr viel intelligenter genutzt werden, als es heute zumeist geschieht. In diesem Sinne fordern auch Michael Braungart und William McDonough zu Recht: »Statt die Tragödie der Allmende zu beklagen, sollten wir die Allmende upcyclen.«

Dass es, wenn es um einen pfleglichen Umgang mit der Natur und in diesem Kontext um alternative Entwicklungsmöglichkeiten geht, nicht, wie zuweilen vermutet wird, zu einem totalen Bruch mit der Geistesgeschichte Europas oder des »Abendlandes«, insbesondere nicht mit der westlichen Rationalität, kommen muss, lässt sich an dem für die ökologische Debatte zentralen Begriff der Nachhaltigkeit sehr gut zeigen.

Nachhaltigkeit ist seit dem Brundtland-Bericht für die Vereinten Nationen von 1987 als Begriff in aller Munde. Auch in diesem Bericht geht es einerseits um eine moralische Verpflichtung aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten gegenüber den nachkommenden Generationen und den benachteiligten Menschen auf der Südhalbkugel, andererseits aber auch um die kluge Abwägung des eigenen Interesses aller Akteure.

Die Idee der Nachhaltigkeit ist so plausibel wie schwer umzusetzen in einer Welt, in der sich ein sehr kurzfristiges und äußerst parzelliertes Nutzendenken ausgehend von Europa und Nordamerika weitgehend durchgesetzt hat. Aber im Prinzip liegt sie ganz auf der Linie der westlichen Rationalität und enthält keine unerfüllbaren moralischen Zumutungen, weil es ihr letztlich um nichts anderes geht als um das (allerdings perspektivisch erweiterte) vernünftig kalkulierte und wohlverstandene Eigeninteresse der Menschen. Freilich ist dieses wohlverstandene Eigeninteresse nicht ohne Weiteres deckungsgleich mit dem aktuellen Interesse jedes Einzelnen und vor allem nicht mit den institutionalisierten Handlungsroutinen von Wirtschaft und Politik.

Man könnte zwar gut kantisch formulieren, dass es in diesem Kontext (wie auch sonst in Fragen der Moral) darauf ankomme, die *Maxime* des je eigenen Wirtschaftshandelns generalisierbar zu machen, sie also so zu gestalten, dass sie als Leitlinie für das Wirtschaftshandeln aller Menschen taugt, man könnte mit Hans Jonas fordern: »Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden!« (*Das Prinzip Verantwortung*). Aber wenn dies als ein Appell an den Einzelnen verstanden wird, kommt eine solche Moral unter unseren Bedingungen schnell an Grenzen ihrer Wirksamkeit, weil oft (nicht immer!) diejenigen, die mit gutem Beispiel vorangehen, einen Wettbewerbsnachteil in Kauf nehmen müssen und nicht selten, eben weil sie vernünftiger und moralisch vertretbarer handeln als andere, ökonomisch scheitern.

Wenn wir die sich abzeichnende ökologische Katastrophe abwenden wollen, wenn wir den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika einen fairen Anteil an den Reichtümern der Erde einräumen, wenn wir Kriege um den Zugang zu knappen Ressourcen und Flüchtlingsströme, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, verhindern wollen, dann müssen wir zunächst und vor allem in der westlichen Welt umsteuern. Dann hilft es auch wenig, wenn hier und da richtig gehandelt wird, dann muss die Gesellschaft als Ganze, in letzter Konsequenz sogar die Menschheit als Ganze, sich auf eine Wirtschaftsweise und einen Lebensstil verständigen, die dem Gebot der Nachhaltigkeit genügen. Das heißt, Nachhaltigkeit des Wirtschaftsgebarens und des Lebensstils muss politisch induziert und rechtlich durchgesetzt werden.

Es ist immer schwer, ein im Verständnis vieler Menschen lange Zeit erfolgreiches Modell der wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Entwicklung aufzugeben, weil es sich als nicht generalisierbar und nicht auf Dauer durchhaltbar erweist. Das ist im reichen Europa schwer, es ist noch schwerer in den sogenannten Schwellenländern, die große und teilweise erfolgreiche Anstrengungen machen, um die Europäer in puncto Wohlstand und Wirtschaftskraft einzuholen. Aber wenn wir im Großen und Ganzen weitermachen wie bisher, können selbst regional begrenzte Korrekturen wie der Atomausstieg in der Bundesrepublik oder die Aufforstung arider Zonen in Nordchina oder die Einrichtung von Nationalparks in Afrika und in Nord- und Südamerika, nicht mehr umstandslos dem großen Ziel des Menschheitsfortschritts gutgeschrieben werden, wenn sie durch Verschlechterungen in anderen Sektoren oder Weltteilen, deren Rückwirkungen früher oder später überall anfallen, wieder aufgehoben werden.

Wertlos sind solche Initiativen dennoch nicht. Nicht selten erweisen sie sich für die Vorreiter allen Mühen und Kosten zum Trotz auf die Dauer als vorteilhaft, weil sie Teilprobleme lösen oder abmildern und innovative Entwicklungen in vielen Bereichen von Wissenschaft, Technik und Ökonomie auslösen. Zudem rufen sie Nachahmer auf den Plan, so dass es im günstigsten Fall in einigen für die Umwelt entscheidenden Sektoren zu einer Trendumkehr kommen kann. Gefährlich wäre es aber, wenn wir es bei diesem ökologischen Eklektizismus beließen. Denn bisher schreitet die Erderwärmung und die Zerstörung der Biosphäre trotz aller kleineren und größeren Einzelerfolge fort.

Es wird höchste Zeit, dass irgendwo auf der Welt eine überzeugende integrale Entwicklungsalternative gestartet wird. Angesichts des traurigen Anblicks, den die EU zurzeit bietet, mag Europa dazu nicht imstande zu sein. Aber könnte man nicht gerade umgekehrt argumentieren, dass nur ein mutiges und weit über den Tag hinaus blickendes Zukunftsprogramm, verkörpert von einem Kommissionspräsidenten vom Format eines Jacques Delors, Europa aus seiner Krise herausführen könnte? Die Europäer haben in der Welt immer noch eine erstaunliche Vorbildfunktion. Sie könnten sie nicht besser erfüllen als dadurch, dass sie auf allen Teilgebieten von Bildung und Wissenschaft, in der Technikentwicklung, der Steuer- und Fiskalpolitik, in der Wirtschaftsförderung, in allen gesellschaftlichen Aktivitäten dem Maßstab der Nachhaltigkeit Geltung verschafften. Dazu wäre es notwendig, die gesellschaftliche Entwicklung der nächsten 20, 30 Jahre durch Investitionsprogramme, durch Anreize und entschlossene Rahmensetzung an folgenden Zielen zu orientieren: alle Energiedienstleistungen sollten mit regenerierbaren Primärenergien, d.h. letztlich mit Sonnenenergie, bewerkstelligt werden; alle verwendeten Stoffe sollten im Sinne einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft der Wiederverwertung im Techniksystem oder als Nährstoff dem Biosystem zugeführt werden; Schäden sollten nach Möglichkeit vorbeugend vermieden werden; die funktionale Dezentralisierung der Versorgungssysteme soll gefördert werden, um so die Resilienz der Gesellschaft zu erhöhen und den Sicherheitsaufwand zu senken; die Rationalisierungsgewinne sollten nicht mehr zur ständig beschleunigten Produktinnovation, sondern vor allem zur Schaffung von mehr frei verfügbarer Zeit für alle verwendet werden; die materiellen Güter, die Erwerbsarbeit und die Lebenschancen insgesamt sollten möglichst gleich verteilt sein; den öffentlichen Sektor – den staatlichen und den zivilgesellschaftlichen – müsste man rehabilitieren und die Bereitstellung öffentlicher Güter und den Zugang zu ihnen fördern; die Arbeitsbedingungen im monetären Sektor müssten ebenso kontinuierlich verbessert werden wie die Bedingungen für die nicht-monetär vermittelte Arbeit (Care-Arbeit, Eigenarbeit, Gemeinwesenarbeit, Non-Profit-Arbeit etc.) und das Verständnis dafür, dass Spiel und Muße, kollektive Feste und Meditation, Freundschaft und Liebe wichtigere Quellen menschlichen Glücks sind als der bloße Warenkonsum, müssten gefördert werden.

In der Programmatik der SPD und der europäischen Schwesterparteien finden sich überall Ansätze, die in diese Richtung weisen. Das Europäische Parlament und sogar die leider allzu oft mit neoliberaler Blindheit geschlagene Kommission haben hier und da hilfreiche Anstöße gegeben. Mit Martin Schulz haben wir in unseren Reihen einen der engagiertesten Europäer. Worauf warten wir also?



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Zuletzt ist im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de